

massen. Der Handvoll Menschen, die glaubt, an einem Atomkrieg zu profitieren, steht die große Mehrheit des Volkes gegenüber, deren Interessen auf die Erhaltung des Friedens und auf ein Höchstmaß an demokratischen Rechten und Freiheiten gerichtet sind. So hoffnungslos wie heute im Zeitalter des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus die Perspektiven und die Politik des Imperialismus sind, so aussichtslos ist auch das Bemühen, auf die Dauer die fortschritt-

lichen Kräfte des Volkes mit gesinnungsstrafrechtlichen Mitteln und Methoden zu unterdrücken. Die Gesinnungsverfolgung des klerikal-militaristischen Bonner Staates mit den Formen des Strafrechts wird dann ebenso der Vergangenheit angehören und den nachfolgenden Generationen dieselbe Abscheu einflößen wie heute die Hexenprozesse der mittelalterlichen Inquisition oder die Kabinettsjustiz des feudalen Absolutismus.

Aus der Praxis — für die Praxis

Mitwirkung der örtlichen Organe bei der Verhütung von Verkehrsunfällen

Die Erfüllung unserer Volkswirtschaftspläne und die laufende Erhöhung und Verbesserung des Lebensstandards der werktätigen Bevölkerung unserer Republik finden auch ihre Widerspiegelung in der ständig steigenden Zahl der zugelassenen Kraftfahrzeuge. Im Bezirk Karl-Marx-Stadt hat sich der Kraftfahrzeugbestand gegenüber 1952 um 79 Prozent erhöht. Hinzu kommen noch etwa 34 000 Mopeds, die bis 1958 registriert wurden. Damit zugleich stiegen aber auch die Unfallziffern um 40 Prozent gegenüber 1956 an. Das veranlaßte den Staatsanwalt des Bezirks und den Chef der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, dieses Problem an die Kommission Innere Angelegenheiten, Volkspolizei und Justiz heranzutragen; denn es gilt, durch Erziehung der Verkehrsteilnehmer zu einem disziplinierten Verhalten im Straßenverkehr die Zahl der Verkehrsunfälle und damit die verursachten materiellen und ideellen Schäden zu senken. Der durch Verkehrsunfälle verursachte materielle Schaden betrug allein im Bezirk Karl-Marx-Stadt 2,5 Millionen DM — ein Betrag, der ausgereicht hätte, den Bau von 110 modernen Dreizimmerwohnungen zu finanzieren.

Die Steigerung der Unfallziffer hat ihre Ursache jedoch nicht hauptsächlich in der wachsenden Verkehrsdichte. Bis auf wenige Ausnahmen wurden die Verkehrsunfälle durch undiszipliniertes und verkehrswidriges Verhalten einzelner oder mehrerer Verkehrsteilnehmer verursacht, wobei die Kraftfahrer bei der schuldhaften Unfallverursachung mit 63 Prozent beteiligt sind, während die verbleibenden 37 Prozent sich auf die Radfahrer, Fußgänger und Fuhrwerklenker verteilen. Bei Kraftfahrern sind die Ursachen in der Nichtbeachtung der Vorfahrt, Fahren mit überhöhter Geschwindigkeit, falschem Überholen und Fahren unter Alkoholeinwirkung zu suchen.

Die Kommission Innere Angelegenheiten, VP und Justiz hat sich auf Grund dieser Tatsache in einer Beratung eingehend mit diesen Problemen auseinandergesetzt und dem Rat des Bezirks eine Vorlage unterbreitet, die dazu beitragen soll, in der Bekämpfung der Verkehrsunfälle vorbeugend tätig zu werden. In Zusammenarbeit mit der Abteilung Verkehr wurde eine Vorlage ausgearbeitet und dem Bezirkstag zur Beschlußfassung zugeleitet. Die Vorlage hat im wesentlichen folgenden Inhalt:

1. Den Vorsitzenden der örtlichen Räte wird empfohlen, in Verbindung mit den zuständigen Leitern der Volkspolizeiämter den Stand der Verkehrsunfälle und ihre Ursachen in ihren Territorien zu untersuchen und das Ergebnis zum Gegenstand einer Ratssitzung mit entsprechender Beschlußfassung zu machen.

Um eine anhaltende Wirkung der eingeleiteten Maßnahmen zu sichern, wird vorgeschlagen, diese Berichterstattung entsprechend den örtlichen Bedingungen, jedoch mindestens in halbjährlichen Abständen zu wiederholen. Als Termin der jeweiligen Beratung wird der Beginn des II. und das Ende des III. Quartals eines jeden Jahres vorgeschlagen.

2. Die mit Inkrafttreten der neuen Straßenverkehrsordnung und Straßenverkehrszulassungsordnung erforderliche Aufklärung breiter Bevölkerungsschichten ist bis jetzt ausschließlich von der Volkspolizei durchgeführt worden. Die jetzige Verkehrssituation erfordert jedoch eine umfassende aktive Mitarbeit der verant-

wortlichen Stellen des Staatsapparats, um nach dem bereits einmal durchgeführten System der organisierten Kraftfahrerschulung in den Kreisen weiterzuarbeiten. Neben der Gewinnung neuer Lektoren sind diejenigen Lektoren für diese Tätigkeit wiederzugewinnen, die bereits in der vergangenen Zeit erfolgreich mitgewirkt haben.

Die Volkspolizei wird ersucht, das dazu notwendige Unterrichtsmaterial zu beschaffen.

3. Zur Verbesserung des Verkehrsunterrichts in den allgemeinbildenden und den berufsbildenden Schulen werden die pädagogischen Kreiskabinette (nachgeordnete Einrichtungen der Abt. Volksbildung) beauftragt, sich ständig bei der Abt. Verkehrspolizei ihres Volkspolizeikreisamtes über den Stand der Verkehrsprobleme und der Verkehrsunfälle zu informieren und entsprechendes Lehrmaterial den Schulen des Kreises zur Verfügung zu stellen. Die Volkspolizei wird ersucht, geeignetes Material zur Auswertung den pädagogischen Kreiskabinetten zu übergeben, insbesondere Berichte über Verkehrsunfälle, an denen Kinder beteiligt waren. Das Unterrichtsmaterial ist den Altersstufen entsprechend zu staffeln.

4. Der Pionierorganisation wird empfohlen, Pionernachmittage verkehrserzieherisch auszugestalten. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, eine Arbeitsgemeinschaft „Verkehrserziehung“ ins Leben zu rufen. Dabei soll besonders Wert auf das Verhalten der Kinder im öffentlichen Straßenverkehr gelegt werden. Zur Gewährleistung einer anschaulichen und praxisverbundenen Erziehung der Pioniere sind in den Schulen, Pionierhäusern sowie in den größeren Kindergärten Verkehrsgärten einzurichten. Die Volkspolizei wird ersucht, den verantwortlichen Leitern dieser Einrichtungen bei der Anlegung von Verkehrsgärten und der Benutzung dieser Gärten entsprechende Anleitung zu erteilen und Anschauungsmaterial zur Verfügung zu stellen.

5. Die Abt. Land- und Forstwirtschaft wird beauftragt, die Direktoren der MTS, die Betriebsleiter der VEG und Staatlichen Forstwirtschafts-Betriebe anzuleiten, in den monatlich stattfindenden Schulungen der Traktoristen und Kraftfahrer das Verhalten im Verkehr zu behandeln und die Traktoristen und Kraftfahrer anzuhalten, Fahrzeuge nur in einem technisch einwandfreien, sauberen Zustand in den öffentlichen Straßenverkehr zu bringen.

6. Zur verstärkten Einbeziehung der Bevölkerung in den Kampf um die Verbesserung der Verkehrsdisziplin wurden auf der Grundlage der im Automobilwerk Eisenach getroffenen Einrichtung eines Verkehrssicherheitsaktivs bereits in verschiedenen Großbetrieben ebensolche Aktivs gegründet und arbeitsfähig gemacht.

Den Kreistagen wird hierzu empfohlen, eine Ständige Kommission für Verkehr zu bilden und auf der Grundlage der bereits vorhandenen Verkehrssicherheitsaktivs weitere Aktivs in anderen Großbetrieben zu bilden und die Arbeit mit den bereits vorhandenen Aktivs zu verbessern. Die Verkehrssicherheitsaktivs in den Betrieben sollen in enger Zusammenarbeit mit den örtlichen Organen durch Aushang geeigneter Erziehungsmaterialien, durch Veröffentlichungen in der Betriebszeitung, durch Organisation von Vorträgen über Verkehrsprobleme und Unfallschwerpunkte, durch Schulung der im Betrieb befindlichen Kraftfahrer und der Betriebsangehörigen sowie durch die